

WIR

in der Städteregion Aachen

Mit den Menschen - für die Menschen

Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen

Nr. 6 – November/Dezember 2012 | 2. Jahrgang | www.wir-online.org

Im Überblick

Seite 2, 3, 8, 9 aus den Kommunen

Seite 4, 5, 6, 7 Sozialreport

Seite 10/11 Beilage

Kreisverband DIE LINKE Städteregion Aachen

Seite 12 Rückspiegel



Matthias W. Birkwald MdB (Mitte) unter anderen mit den LINKEN Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko und Niema Movassat - Foto: Georg Schmidt-Roos



Am 29. September demonstrierten in Köln mehrere tausend Menschen im Rahmen des UmFAIRteilen-Aktionstags für eine gerechtere Verteilung des Reichtums in Deutschland. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis von attac, Gewerkschaften und anderen Organisationen. Auf der Abschlussveranstaltung auf dem Heumarkt sprachen u.a. Gabriele Schmidt von Verdi NRW und der Kabarettist Wilfried Schmickler (u.a. bekannt aus der Sendung Mitternachtsspitzen). Auch DIE LINKE war zahlreich vertreten.

Auszug aus der Rede des Bundestagsabgeordneten Matthias W. Birkwald, die er während der Demo auf dem Wagen der LINKEN gehalten hat.

... In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten sind die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher geworden.

In den Großstädten gehören Menschen, die so arm sind, dass sie in den Flaschencontainern nach Pfandflaschen suchen, mittlerweile überall zum Straßenbild.

Oft fahren die Luxusautos für über 100.000 Euro direkt an ihnen vorbei.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, eine Gesellschaft, in der die einen im Champagner baden und die anderen ihr Essen aus den Mülltonnen suchen müssen, ist eine Gesellschaft, der wir den politischen Kampf ansagen!

Sie ist ungerecht, sie nimmt den Menschen ihre Würde, und sie stiehlt ihnen ihre Freiheit.

Wir kämpfen dafür, dass alle ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum haben.

Wir streiten für Freiheit, für Würde und für Solidarität.

Und mit Freiheit meine ich die Freiheit von Armut, die Freiheit von Unterdrückung und vor allem die Freiheit von den Sorgen, wie morgen die Brötchen, der Strom, die Zeitung oder das Kino bezahlt werden sollen.

Die Einen haben zu viel und die Anderen haben zu wenig.

... Es geht darum, ob die Lasten der Gesellschaft fair verteilt werden oder ob der Zusammenhalt dieser Gesellschaft völlig an den Widersprüchen zwischen Arm und Reich zerbricht. Wir brauchen endlich Verteilungsgerechtigkeit, hier in Deutschland, aber auch in Europa.

...

Wieviel Gewinn muss erwirtschaftet werden, damit Arbeitsplätze erhalten bleiben?

Stolberger Metallwerk (SMW) aus für 102 Menschen
Prysmian-Kabelwerk Lynen aus für 160 Menschen
Bombardier aus für 600 Menschen

©Thorben Wengert/pixelio.de





Wohnst du schon oder suchst du noch?

„Biete:
Zahlreiche
Mietwoh-
nungen,
rundum
saniert,

kostengünstig, kinderfreundlich, in bester Innenstadtlage“ – Sie haben eine solche Anzeige noch nie gelesen? Wir bedauerlicherweise auch nicht, denn die Realität sieht vollkommen anders aus. Preiswerte Wohnungen werden in Aachen immer seltener.

Der Mangel an sozialem Wohnraum ist jedoch keinesfalls wie eine unvorhersehbare Katastrophe über unsere Stadt hereingebrochen. Es ist das Ergebnis jahrzehntelanger verfehlter Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Das Problem wurde nicht nur viel zu

spät erkannt. Im Gegenteil, es wurde billigend in Kauf genommen, dass – durch die Verknappung des Wohnraums begünstigt – die Mietpreise immer weiter in die Höhe stiegen (und steigen).

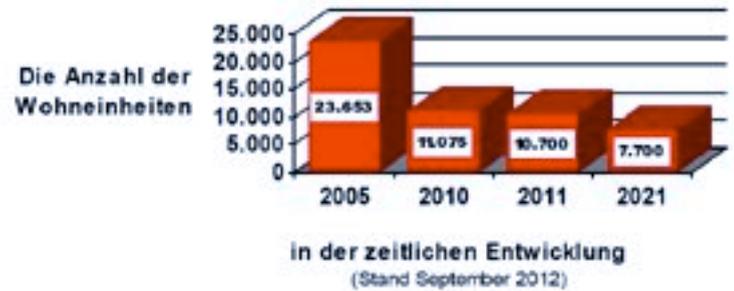
Nach wie vor fehlt es bei der Schwarz-Grünen Ratsmehrheit in Aachen an der nötigen Entschlossenheit, diesem unsozialen Missstand entgegenzutreten. Bereits im Jahr 2010 forderte die Fraktion DIE LINKE in einem gemeinsamen Ratsantrag mit der SPD einen ‚Masterplan öffentlich geförderter Wohnraum‘. Geschehen ist seither wenig!

Während Besserverdienende bei der Wohnungssuche auch ins Aachener Umland ausweichen können, da für sie Mobilität keine Frage des Geldbeutels darstellt,

ist genau das für Menschen mit wenig Einkommen keine Option. In dem Maße, wie die Anzahl der preisgünstigen Wohnungen abnimmt, steigt der Bedarf stetig, da

chen auf Wohnungssuche sind. Den aktuellen Berechnungen zufolge fehlen bis zum Jahr 2020 allein für diese Zielgruppe 4.860 Wohneinheiten.

Öffentlich geförderter Wohnraum in Aachen



immer mehr Menschen in unserem reichen Land von Armut betroffen sind. Die Gründe für die zunehmende Armut sind vielfältig (Arbeitslosigkeit, Arbeit im Niedriglohnsektor und/oder Leiharbeit, Hartz IV, Renten von denen Menschen nicht leben können, u.v.a.m.) und doch allesamt das traurige Ergebnis einer ‚Politik der sozialen Kälte‘, die mit der „Ära Schröder“** (Ex-Bundeskanzler / SPD) ihren Anfang nahm und seither die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander treibt. Besonders betroffen sind dabei Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Migranten/innen, ältere Personen und Menschen mit Handicap.

Verschärfend kommt hinzu, dass durch die doppelten Abiturjahrgänge und das Aussetzen der Wehrpflicht sehr viel mehr Studierende in der Universitätsstadt Aa-

DIE LINKE streitet weiter dafür, dass sämtliche Baulücken und leerstehende Gebäude auf ihre Eignung zur Schaffung von kostengünstigem Wohnraum überprüft werden. Ferner müssen die Zweckentfremdung von bestehendem Wohnraum und die Verwahrlosung durch Leerstände von Wohngebäuden per Satzungsbeschluss unterbunden werden. Der Landtag NRW hat – mit den Stimmen der LINKEN – im Jahr 2011 durch das ‚Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum‘ die Möglichkeiten für Kommunen geschaffen, um Immobilienbesitzer in die gesellschaftliche Pflicht zu nehmen. Dies muss lediglich von der CDU/GRÜNEN - Ratsmehrheit in Aachen konsequent umgesetzt werden.

Ellen Begolli,
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen



Anschlusssticket

„Nahverkehr“ nur Fahrkarten ab Rothe Erde angeboten werden.

Eine Suche in der Fahrplanbroschüre des Aachener Verkehrsverbundes ergab nur, dass es für diese Fälle ein „Anschluss-Ticket“ gibt, aber nicht wie man es kaufen kann.

der Schaffner merkt, dass es ein Anschlusssticket ist.

Für eine einfachere Lösung fehlt dem Aachener Verkehrsverbund angeblich das Geld. DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen kündigte aber bereits an, dranzubleiben zu wollen, damit „nicht nur Fahrplan-

Bus- und Bahnfahren ist nicht nur teuer, es ist auch kompliziert. Dieses mussten wir mal wieder feststellen, als sich Petra Thüpper* an uns wandte.

Sie hat ein Mobilticket, das für die StädteRegion gilt. Ihre Enkel wohnen aber in Düren. Somit muss sie natürlich erst ab Eschweiler bezahlen (4,90 €) und nicht ab Aachen (7,70 €). Aber leider gibt der Fahrkartenautomat in Aachen – Rothe Erde bei der Bahn nur aus, dass man unter „Nahverkehr“ schauen müsse, während beim



Eine Ratsanfrage unserer Fraktion ergab, dass es reicht, ein entsprechendes Ticket zu kaufen (in diesem Fall Preisstufe 3) und es zusammen mit dem Mobilticket vorzuzeigen, damit auch

forscher preiswerte Tickets kaufen können“.

* Name von der Redaktion geändert

Lasse Klopstein,
Assistent der Fraktion
DIE LINKE im Rat der
Stadt Aachen

Seit dem 18.10.2012 steht fest: Der Standort von Bombardier in Aachen (früher Talbot Waggonbau) soll geschlossen werden. Kommunalpolitiker der Linken haben am 20.10.2012 in Anschluss an eine Regionalsitzung die Mahnwache vor dem Eingang an der Jülicher Str. besucht und ihre Solidarität mit der Belegschaft bekundet.





Die Kaiserplatz-Galerie – jetzt noch größer?

LINKE: Investor soll Projekt abspecken oder mehr Wohnraum schaffen

Nun also doch: Die Trümmerlandschaft am Aachener Kaiserplatz soll sich in eine schillernde Einkaufslandschaft verwandeln. Ein neuer Investor hat dem alten, gescheiterten die Grundstücke abgekauft und will gleich loslegen.

Ein Grund zum Jubeln? Nicht für die Anwohner, die sich in der Initiative „Kaiserplatzgalerie – Nein Danke“ zusammengeschlossen haben. Sie befürchten, dass die neue Galerie Läden aus anderen Teilen der Stadt zum Umziehen bewegt, so dass andere Straßen in der Innenstadt veröden. Wie

stark dieser Verdrängungswettbewerb sein wird, soll ein Gutachten zeigen, das die Stadt in Auftrag geben soll.

So wünscht es sich die Initiative. Die Linksfraktion im Rat teilt die Skepsis der Initiative. Eine deutliche Verkleinerung des Objektes fänden wir sinnvoll.

Doch der neue Investor hat andere Ziele. Er will das Objekt sogar noch vergrößern und den Häuserblock zwischen Adalbertsberg und Harscampstraße einbeziehen. Die anderen Fraktionen im Rat haben ihm da wohl schon ihre Zustimmung signalisiert. DIE LINKE wird aber auch dann nicht locker lassen. Unsere Fraktion sagt: Wenn die Galerie noch größer wird,

muss auch der Investor mehr bieten. Erinnert sei an den Vertrag mit dem alten Investor. Der verpflichtete sich seinerzeit, 3.000 m² neuen Wohnraum in der Innenstadt zu schaffen als Ersatz für die vielen dort „entmieteten“ und abgerissenen Wohnungen. Er will mehr Fläche, dann soll er auch mehr Wohnungen bauen, vor allem preiswerte.

Denn es war ausgerechnet preiswerter Wohnraum, der am Kaiserplatz vernichtet wurde. Und der wird in Aachen dringend benötigt.

Andreas Müller,
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen



Kein Geld für Kinder und Jugendliche!

Die Fraktion DIE LINKE im Städteregionsstag nutzte die ansonsten ereignisarme Sommerpause, um mit zwei Anträgen zwei aktuelle sozialpolitische Themen aufzugreifen. Zum einen hat sie das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket (BTP), das armen Kinder und Jugendlichen bessere Bildungschancen und eine stärkere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen sollte, aufgegriffen.

Gut, dieses Lieblingskind von Bundessozialministerin Ursula von der Leyen war noch nie die große Sache, unzureichend in den Leistungen und extrem bürokratisch umgesetzt. Dennoch bot das Gesetz die Möglichkeit, die Bundesgelder für dieses Paket für sinnvolle Projekte vor Ort zu nutzen. Denn die Gelder, die im letzten Jahre nicht abgerufen worden waren, duften die Kommunen behalten. Als jedoch DIE LINKE einen solchen Antrag in den Städteregionsstag brachte, hieß

es, diese Mittel sollten ausschließlich der Haushaltssanierung dienen. Für das Jahr 2012 sollen die Leistungen des BTP aber noch „beworben“ werden. Leider kommt dies jedoch 1 ½ Jahre zu spät! Denn bereits im Frühjahr 2011 hätten Städteregion und Jobcenter die Möglichkeit gehabt, das BTP bekannter zu machen. Andere Kommunen waren in dieser Hinsicht durchaus kreativ. In der Städteregion reichte es aber nicht mal für einen allgemeinen Informationsbrief an alle betroffenen Bedarfsgemeinschaften.

Zum anderen bot das Urteil des Bundessozialgerichts vom 16.05.2012 hinsichtlich der zulässigen Wohnungsgröße bei SGB II-Empfängern in NRW Handlungsbedarf.

Für einen Single-Haushalt wurden 50qm als notwendig erachtet.

Anerkannt wurden in der Städteregion jedoch jahrelang nur 47qm, wovon in der Folge auch mehrköpfige Bedarfsgemeinschaften betroffen sind. Dies hatte zur Folge, dass mehreren

tausend Empfängern von Hartz IV Leistungen für Kosten der Unterkunft vorenthalten worden sind. DIE LINKE beantragte, dass die Städteregion als zuständiger Träger das Jobcenter anweist, von Amts wegen eine Überprüfung aller solcher Fälle durchzuführen, bei denen seit 2011 zu wenig Kosten der Unterkunft gezahlt worden waren. Die Verwaltung berief sich in ihrer Antwort auf einen schwammig formulierten Erlass des Landessozialministeriums, wonach ein Abgleich in den Fällen stattfinden sollte, wo die ausgezahlten Leistungen von den tatsächlich angefallenen Kosten für Miete und Heizung abweichen. Dies liest sich auf den ersten Blick gut. Jedoch befürchtet die DIE LINKE, dass sich ein solcher Abgleich bis zum Sankt Nimmerleinstag hinziehen könnte. Zu empfehlen ist im Zweifelsfalle die

Kurz notiert

Städteregion lässt rechtliche Schritte gegen Tihange prüfen
Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE hat der Städteregionsstag einstimmig beschlossen, rechtliche Schritte gegen das belgische Skandal-AKW Tihange beim zuständigen Ministerium überprüfen zu lassen. Der Atommeiler, südwestlich von Lüttich gelegen, fällt seit Jahren durch diverse Pannen auf. Die geplante Laufzeitverlängerung stellt eine Bedrohung für die Bevölkerung der Städteregion für mindestens weitere 10 Jahr dar.

Vermögensteuer - Grüne stellen sich gegen eigenes Programm

Eine Resolution von SPD und Linken zur Wiedereinführung der Vermögensteuer wurde im Städteregionsstag auch mit den Stimmen der Grünen abgelehnt. Letztere treten zwar in Sonntagsreden immer für eine höhere Besteuerung von Reichtum ein, konnten aber vor Ort nicht aus dem Schatten des Kooperationspartners CDU springen. Die Einnahmen der Vermögensteuer wären für die vielen klammen Kommunen in der Region eine spürbare Erleichterung.

Stellung eines Überprüfungsantrags an das Jobcenter, siehe auch Musterschreiben unten.

Harald Siepman,
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE im Städteregionsstag

An das
Jobcenter StädteRegion Aachen
Geschäftsstelle _____

Datum: _____

Antrag nach § 44 SGB X auf Überprüfung aller Leistungsbescheide ab 01.01.2011.
Kunden-Nummer: _____

Sehr geehrte Damen und Herren,
das Bundessozialgericht (BSG) hat mit Urteil vom 16.-05.2012 (AZ: B 4 AS 109/11 R) bestätigt, dass für die Festsetzung der Angemessenheit bei den Unterkunftskosten die Wohnraumnutzungsbestimmungen (WNB-Richtlinien) NRW maßgeblich sind. Danach war und ist bei Einpersonenhaushalten eine Wohnungsgröße von 50 m² angemessen; für jede weitere Person sind 15 m² anzusetzen. Durch die Entscheidung des BSG ist somit klargestellt worden, dass die Begrenzung der KdU ausgehend von weniger als 50 m², wie dies vom Jobcenter Rhein-Erft praktiziert wurde, rechtswidrig war und ist.
Ich/Wir fordere/n Sie daher auf, sämtliche mir/uns seit dem 01.01.2011 erteilten Leistungsbescheide, die die Kosten der Unterkunft betreffen, zu überprüfen und die zu Unrecht gekürzten Beträge auszuführen. Dies betrifft sowohl die evtl. Kürzungen bei der Netto-Kaltmiete, den Nebenkosten und den Heizkosten.
In Erwartung Ihres kurzfristigen Bescheids verbleibe/n wir/ich

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift) _____



Teil 6 Dicke Lügen:

„Unser Gesundheitswesen ist in öffentlicher Verantwortung“

Ein Öffentliches Gesundheitswesen ist

als Daseinsvorsorge staatliche Aufgabe. Es umfasst die ärztliche Tätigkeit in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes wie Gesundheitsämter, die dazu bestimmt sind, unmittelbar den Gesundheitszustand der Bevölkerung und bestimmter Bevölkerungsteile zu ermitteln, ihnen drohende Gesundheitsgefahren festzustellen und auf die Beseitigung hinzuwirken, sowie das gesundheitsbewusste Verhalten des Einzelnen zu fördern. Des Weiteren gehören Gesundheitsaufsicht, Beratung und Aufklärung der Bevölkerung in gesundheitlichen Fragen, die Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten sowie die Einleitung vorbeugender und rehabilitativer Maßnahmen dazu.

Eine wichtige Säule ist auch die gesetzliche Krankenversicherung. Sie bedeutet für den einzelnen Menschen eine gewisse Freiheit von Angst vor finanziellen Lasten durch Krankheit, was unter anderem eine notwendige Voraussetzung für gesellschaftlicher Zugehörigkeit ist. Die Versicherten sind zur Beitragszahlung verpflichtet. Sie haben allerdings keine Rechte bei der Entscheidung über deren Verwendung.

Bei der Gesundheitspolitik zeigen sich besonders viele Anzeichen dafür, dass die Werte unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaates im täglichen Leben unserer Gesellschaft derzeit keine bestimmende, öffentlich wirksame Rolle spielen. Gegen den Angriff privater Anleger auf die öffentlichen Institutionen und Dienstleistungen fehlt es an Entschlossenheit und Kraft bei Politiker/inne/n, diese Errungenschaften aufrecht zu erhalten und zu verteidigen. Die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand ist vielfach dadurch bedingt, dass beispielsweise Krankenhäuser, Forschungseinrichtungen, Öffentlicher Gesundheitsdienst durch den

fortdauernden Entzug der Finanzen weitgehend kaputtgekürzt werden.

Wegen Unterfinanzierung und Personalmangel sind die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen häufig reformbedürftig. Die Organe der Selbstverwaltung und der demokratischen Mitbestimmung sind nicht selten in Routine erstarrt. Sie sind von innen und von außen in einem bedrohlichen Ausmaß ver-



nachlässigt und missachtet. Das macht sie anfällig für Übernahme durch profitorientierte Privatunternehmer. Die mit moderner Technik, großem Personalaufwand, mit ausgearbeiteten Strategien und bedeutenden Mitteln ausgestatteten Unternehmen haben es angesichts der genannten Mängel leicht, bei kommunalen Mandatsträgern mit der Betonung von „Effizienz“ und „Kostensparnis“ zu überzeugen. Private finanzieren Gesundheitseinrichtungen meist mit Krediten, deren Refinanzierung plus Profite durch die Mitarbeiter/innen erwirtschaftet werden müssen. Das Geld fehlt in der Patientenversorgung. Aufgebracht wird das Geld durch Versichertenbeiträge und Steuermittel.

**Gesundheitsmarkt“ bedeutet:
Wer am meisten zahlt,
wird am meisten behandelt.**

Was privatisiert wurde, ist dem demokratischen Einfluss und der bürgerschaftlichen Kontrolle entzogen. Das betrifft Krankenhäuser, Medizinische Versorgungszentren, Labore, Heil- und Hilfsmittel, Kontrolle der medizinischen Versorgung, Arzneimittelforschung und -han-

del, ärztliche Fort- und Weiterbildung, Korruptionsbekämpfung im Gesundheitswesen.

Die Mehrheit der Bevölkerung weiß oder ahnt, dass die öffentlichen Institutionen noch einen Schutzwall bilden gegen die restlose Ausräumung der sozialen und politischen Errungenschaften durch Besitzer des großen Geldes. Im Kampf gegen Privatisierungen sollte einfach nur der verbreiteten

Auffassung der Mehrheit gefolgt werden.

Für den „Markt“ ist gut, wenn es viele Kranke, viele Operationen, viele Behandlungen gibt. Unwirkliche oder gar gefährliche Gesundheitsleistungen können den gleichen Gewinn erbringen wie nützliche. Betriebswirtschaftlich bedeuten Kranke Mehrwert. Objektiv und subjektiv ist der Wert von Gesundheit jedoch höher als krank und vorzeitig tot zu sein. Krank zu sein bedeutet für den Einzelnen und für die Gesellschaft Einschränkungen.

Politik muss für ein funktionierendes Gesundheitssystem sorgen. Die Gesundheitsversorgung muss in öffentlicher Verantwortung liegen mit qualifizierter Mitbestimmung der Beschäftigten, welche die Qualität und Effizienz der Leistungen im Dienst der Allgemeinheit zu ihrer eigenen Sache machen. Wir können und müssen die in der Städteregion gewählten Bundes- und Landespolitiker/innen aller Parteien befragen, was sie dafür tun werden.

Helga Ebel,
Sachkundige Bürgerin
im Städteregionstag Aachen

Gesetzliche Rente stärken statt auf private Altersvorsorge setzen

04.10.2012

„Wie die Postbank-Studie zeigt, ist das Vertrauen in die private, kapitalgedeckte Altersvorsorge massiv erschüttert. Die Bundesregierung sollte endlich einsehen, dass das Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung gescheitert ist, und rentenpolitisch das Ruder herumreißen. Wir müssen die gesetzliche Rente so stärken, dass sie wieder den Lebensstandard sichert und zuverlässig vor Armut im Alter schützt“, erklärt Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, zu einer von der Postbank und dem Institut für Demoskopie Allensbach veröffentlichten Umfrage zur privaten Altersvorsorge.

Birkwald weiter: „Dass die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger immer weniger in ihre private Altersvorsorge investieren, obwohl sie sich gleichzeitig Sorgen machen, im Alter nicht genügend Geld für den Lebensunterhalt zu haben, ist nur scheinbar ein Widerspruch. Viele, die gerne mehr täten, um ihren Lebensstandard im Alter zu halten, können dies nicht, weil ihnen infolge der Reallohnverluste der vergangenen Jahre schlicht die finanziellen Mittel dazu fehlen. Viel entscheidender ist jedoch, dass die meisten Menschen im Zuge der Finanzkrise das Vertrauen in alle Formen kapitalgedeckter Vorsorge verloren haben. Die staatlich geförderte Riester-Rente hält nur noch jeder sechste Befragte für die ideale Form der Vorsorge, bei Lebensversicherungen sieht es ähnlich aus. Die Bundesregierung muss endlich aufhören, ihre Rentenpolitik an den Interessen der Versicherungskonzerne auszurichten. Stattdessen muss sie die gesetzliche Rentenversicherung wieder in die Lage versetzen, den Lebensstandard zu sichern und wirksam vor Altersarmut zu schützen.“

Matthias W. Birkwald, MdB Linke,
Sprecher für Rentenpolitik



Prekäre oder keine Arbeit „Die Rente ist sicher!“

Die Frage ist nur, „Wird man davon leben können?“ Die Antwort lautet eindeutig, „NEIN!“

Experten sehen düstere Rentenzeiten kommen und warnen immer lauter vor der drohenden Altersarmut. Nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands wird die Durchschnittsrente in 14 Jahren auf das Niveau der Grundsicherung gesunken sein. Das heißt, in 15 bis 20 Jahren werden bis zu 20 Prozent der Bevölkerung im reichen Deutschland richtig arm sein. Nach dem derzeitigen Sachstand werden nicht nur die Riester-Rente mit einer späteren Grundsicherung verrechnet, sondern auch Lebensversicherungen, private Rentenpläne oder Betriebsrenten. Die Taktik der Bundesregierung, mit der privaten Altersvorsorge im Alter sorglos zu leben, erweist sich immer mehr als Trick 17-Selbstüberlistung. Der immer weiter steigende Niedriglohnssektor erlaubt eine private Vorsorge sowieso nicht und das Erreichen der Versicherungsjahre, mit Zeitverträgen und wie-

derholter unverschuldeter Arbeitslosigkeit, wird immer fraglicher. Frau von der Leyen hat zwar „jetzt“ begriffen, dass eine Altersarmut droht. Aber vor den Ursachen dreht sie den Kopf weiter weg und schlägt eine Zuschussrente vor, die eben an hohe Versicherungsjahre gekoppelt ist, und die in Zukunft immer weniger erreichen werden.

Der jüngste Armutsbericht der Bundesrepublik Deutschland zeigt,

dass das private Nettovermögen sich allein zwischen 2007 und 2012 um 1,4 Billionen € erhöht hat.

Dieser Wohlstand ist allerdings sehr ungleichmäßig verteilt, so dass die Reichen immer reicher und die Armen trotz Arbeit immer ärmer werden. Die reichsten zehn Prozent der Deutschen verfügen über mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, während der unteren Hälfte der Haushalte gerade mal ein Prozent bleibt. Und der Anteil des obersten Zehntels ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. 1998 belief er sich noch auf 45 Prozent, 2008 lag er bereits bei mehr als 53 Prozent des Netto-

gesamtvermögens. Dies wird sich gerade im Rentenbezug der Zukunft mit einer nicht mehr zu verbergenden Zweiklassengesellschaft klar zeigen. Die Aussage „Deutschland geht es insgesamt besser!“, ist daher zynisch und in keiner Weise ernst zu nehmen.

Wird die Altersarmut also billigend in Kauf genommen als Preis für die weitere Ablehnung einer Reichensteuer? Man muss kein politischer Experte sein, um hier zu erkennen, dass diese Politik nicht dem Allgemeinwohl, sondern immer mehr dem Wohle einer Mindeheit, die man sich nicht traut zu besteuern, dient.

DIE LINKE fordert seit ihrem Bestehen eine Umverteilung von Oben nach Unten und nicht länger von Unten nach Oben.

Dies wollen sogar immer mehr Millionäre in Deutschland. Aber die Bundesregierung bleibt hier borniert, will diese Finanzpolitik nicht ändern, und wird somit für die oben angeführten Konsequenzen verantwortlich sein. Diese wirklichkeitsferne Politik auf dem Papier, müssen wir in den Kommunen leben und wer einmal der sozialen Wirklichkeit begegnet ist, oder nur mal auf sie schaut, wird feststellen, dass diese Politik hier in den Kommunen eindeutig nicht funktioniert. Eine gerechtere Politik der Umverteilung ist vernünftig und auch möglich, aber vom Kabinett Merkel politisch nicht gewollt. Man kann etwas ändern, aber man will es nicht!

Hans-Günther Fischer,
Stadtverordneter im Rat der Stadt Herzogenrath



10 Jahre Hartz IV - eine Abrechnung

Eine 15-köpfige Kommission aus Unternehmer-

bänden und Gewerkschaft war aufgerufen, die Bundesanstalt für Arbeit zu reformieren. Zusammen mit dem Arbeitsminister und Vertretern der Wirtschaft entwarfen sie ein Konzept, um die Integration Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt „effektiver und sozialer“ zu gestalten.

Herausgekommen ist ein bürokratisches Monster mit einem mehrdeutigen Gesetzeswerk, das zum Leidwesen von Betroffenen

und Behördenmitarbeitern genügend Interpretationsspielraum läßt, um die Sozialgerichte mit Widersprüchen und Klagen zu erstickten. Es bleibt dem Erwerbslosen oftmals nur noch der Gang zum Gericht, wenn falsche Bescheide ausgegeben, Geldleistungen erst nach mehrmonatiger Verzögerung oder gar nicht bewilligt und schikanöse Mittel angewandt werden, um vom Leistungsbezug abzuschrecken. Anstelle von verstärkter Förderung werden die Fördermittel Jahr für Jahr weiter zusammengestrichen, ABM-Stellen sind z.B. mittlerweile abgeschafft.

Die Bedürftigkeit und Abhängigkeit von Sozialleistungen hat sich

mit dem Ausbau des Niedriglohnssektors und der Zeitarbeit weiter verfestigt, anstatt sie aufzulösen.

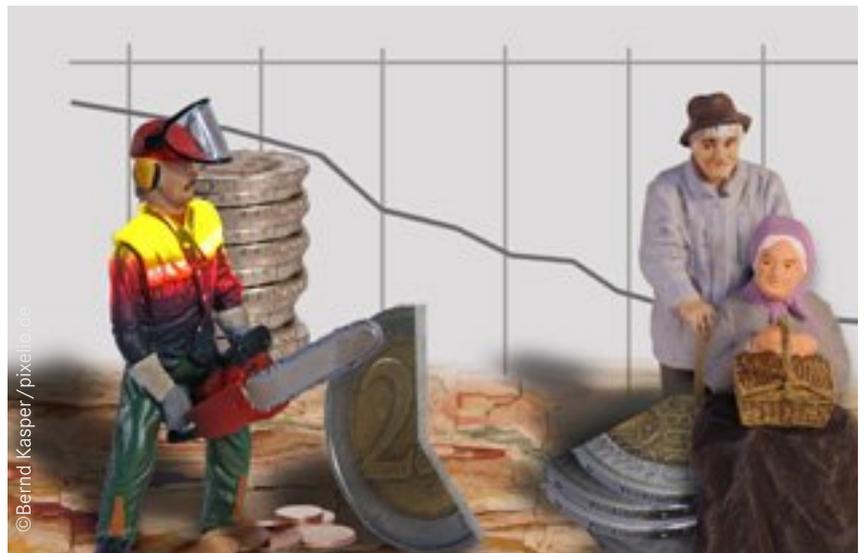
Überfordert von immer neuen Gesetzesänderungen im Sozialrecht leiden die Mitarbeiter auch unter dem Einsparungsdiktat und dem immer geringer werdenden Spielraum für effektive Eingliederungsmaßnahmen.

Am schlimmsten trifft es diejenigen, die die Auswirkungen fehlerhafter Bescheide ohne Möglichkeit der Gegenwehr erleiden müssen: Kinder und Jugendliche, Kranke und Alte in Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften.

Bei den unter 25-Jährigen werden sogar dreimal höhere Sank-

tionen verhängt als für erwachsene Leistungsbezieher. In nur zwei Schritten kann der Jugendliche komplett jeden Anspruch auf Sozialleistungen inklusive Miete verlieren und nach nur zwei „Vergehen“ direkt in die Obdachlosigkeit schlittern. Das bedeutet null Existenzgrundlage, Gefahr der Verwahrlosung und Kriminalität und noch geringere Aussicht auf einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit.

Der Skandal ist nicht das menschenverachtende Provisorium allein, sondern deren rechtswidrige und rechtsbrüchige Umsetzung.



Da passieren Fehler in der Berechnung zustehender Leistungen, da werden Wohnungsmieten nur teilweise, notwendige Mehrausgaben gar nicht übernommen. Gekürzt wird auch, wenn man sich angeblich zu wenig oder auf die „falschen“ Stellenangebote beworben hat. Die Kreativität der Jobcenter für

mögliche Sanktionsgründe ist fast grenzenlos. Umgekehrt werden Fördergelder für ineffektive Integrationsmassnahmen rausgeschmissen, drittklassige Bewerbungstrainings sinnlos mehrfach durchgepeitscht und anstelle regulärer Arbeitsstellen Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) angeboten.

Ich finde da läuft etwas sehr falsch in Deutschland!

„*Sehe ich Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht!*“ (Heinrich Heine)

Anja Linz,
Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion DIE LINKE im Städtereionstag



Familien im Fokus, Demografie-Forum der StädteRegion Aachen

Am 18. September konnten etwa 90 Fachleute und interessierte Bürger unter Federführung von Experten aus der Familienpolitik nach einem Vortrag über eine Befragung in neun Kommunen der StädteRegion in gut organisierten Workshops „Methoden und Strategien zur Stärkung von Familien und zur Schaffung familienfreundlicher Rahmenbedingungen“ praxisnah diskutieren und formulieren.

Es ging um Familienfreundlichkeit als Standortfaktor. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll dem ökonomischen Zweck dienen, das Humankapital ‚Frauen‘ zu nutzen und zugleich der Verringerung der Geburtenraten entgegenwirken.

Eigentlich hat der demografische Wandel nichts mit Familienfreundlichkeit zu tun. Unabhängig von einer älter werdenden Gesellschaft sollen Familien ein gutes Leben haben. Dazu wäre entscheidend, dass Erinnerungen an Quellen unseres Lebens, Kultur, Traditionen, soziale Errungenschaften nicht vollends getilgt werden von Eventisierung und Ökonomismus.

Die Befragung, an der sich 2700 Familien in der StädteRegion beteiligt hatten, brachte so Erstaunliches zutage wie beispielsweise,

dass Alleinerziehende, Zuwandererfamilien und Kinderreiche mehr Unterstützung brauchen und für ältere Kinder und Jugendliche Treffpunkte fehlen. Wer hätte das gedacht? Sogenannte „Bedarfsgemein-

Teil aufgrund anonymer Briefe) und Sanktionsandrohungen, den generellen Missbrauchsverdacht und krankmachende offene Verachtung noch dokumentieren sollen? Im Fokus des Demografieforums stand das Er-

sich deutlich mehr Netzwerkarbeit, und das über alle Generationen hinweg» wirft die Frage auf, ob hier nicht Familien wollen was sie sollen, nämlich mithalten um jeden Preis.

Überzeugender sind Erkenntnisse aus internationalen Erhebungen der Wissenschaftler Richard Wilkinson und Kate Pickett (‚Gleichheit ist Glück‘), die herausgefunden haben, dass nicht durch Ökonomisierung Lebensverhältnisse verbessert werden, sondern durch Verringerung der Ungleichverteilung. Dies konnte in den Kategorien Niveau an Vertrauen, psychische Erkrankungen, Alkohol- und Drogensucht, Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit, Fettleibigkeit, schulische Leistungen der Kinder, Teenager-Schwangerschaften, Selbstmorde, Zahl der Gefängnisstrafen, soziale Mobilität mit den erhobenen Daten aus vielen Ländern bewiesen werden.

Es sollten eben die richtigen Fragen gestellt werden. Marketingunternehmen scheinen dazu denkbar ungeeignet zu sein, wenn es um gutes Leben in der StädteRegion gehen soll.

„Eine Kommune für alle“ wäre eine prima Alternative gewesen.

Helga Ebel,
Sachkundige Bürgerin
im Städtereionstag Aachen



schaften“, die über 50 000 Menschen, die von Hartz IV-Geld in der Städtereion leben müssen, kamen in dem Bericht des von der StädteRegion beauftragten Unternehmens „Faktor Familie GmbH“ aus Bochum nicht vor. Vermutlich gehörten die Betroffenen nicht zu den Familien, die die Fragebögen ausgefüllt hatten. Wozu auch hätten sie chronische Geldnot, den Kampf um Übernahme von Heizkosten, um Brillen, die Anschuldigungen (zum

werbspotenzial von Frauen, die in die Gesellschaft integriert sind und die für deren Funktionieren unerlässlich sind: Familien als „begehrte Zielgruppe“ reduziert auf Sozialaggregate wo gegenseitige Dienstleistungen erbracht werden („Geben und Nehmen“) und um Ehrenamtlichkeit.

Das Fazit aus den Workshops laut der Amtsleiterin Dr. Nina Mikahelfmeier am Ende der Veranstaltung: «Familien wünschen



400-Euro-Jobber haben nichts zu verschenken!

Ohnehin verschenken wir schon soziale Sicherheiten wie Arbeitslosen- und

erstzunehmende Rentenversicherung, um die Taschen der Unternehmer zu füllen. Dann sollten wir doch wenigstens trotz unsozialer Gesetzgebung nach geltendem Arbeitsrecht bezahlt werden. Dazu gehören nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG):

In eigener Betroffenheit verhandle ich meinen Fall derzeit mit einem Arbeitgeber in der Städtereion mit geschätzt 200 ähnlich rechtswidrigen Verträgen, bei mir in 4 Punkten fehlerhaft. Zunächst Punkt 1 „Gleichbehandlung“:

Nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung dürfen geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer wegen der geringfügigen Beschäftigung nicht schlechter behandelt werden als vergleichbare vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer. Dies

1. Gleichbehandlung
2. schriftlicher Arbeitsvertrag/ Niederschrift der vereinbarten wesentlichen Arbeitsbedingungen
3. Erholungsurlaub
4. Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall
5. Entgeltfortzahlung bei Schwangerschaft und Mutterschaft
6. Entgeltfortzahlung bei Arbeitsausfall an Feiertagen
7. Sonderzahlungen
8. Kündigungsschutz
9. Jugendarbeitsschutz



gilt im Arbeitsverhältnis für alle Maßnahmen des Arbeitgebers und Vereinbarungen, die zwischen dem Arbeitgeber und Mini-jobber getroffen werden.

Weihnachten steht vor der Tür, dazu aktuell ein Beispiel: Vollzeitbeschäftigte erhalten vom Arbeitgeber ein Weihnachtsgeld, nicht aber die geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer. Nach dem

Gleichbehandlungsgrundsatz haben dann auch geringfügig Beschäftigte anteilmäßig (gemessen an den Arbeitsstunden) einen Anspruch auf Weihnachtsgeld.

Grundsätzlich können fehlende Vertragsbestandteile bis zu 3 Jahren beanstandet werden, Einschränkungen im Vertrag sind zwar bis zu minimal 3 Monaten möglich, im sogenannten „gegenseitigen Einvernehmen“?

Für weitere Auskünfte möchte ich an die Bundesknappschaft Bahn See / Minijob - Zentrale (Service-Tel. 0355 2902-70799 und Downloads unter: www.minijobzentrale.de) und das Bürgertelefon für Fragen zum Arbeitsrecht vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (030-221 911 004) verweisen. „WIR“ bleiben dran! Fortsetzung folgt

Andreas Becker,
Sachkundiger Bürger
im Städtereionstag Aachen

Prekäre Jobs sind eine tickende Zeitbombe

28.09.2012

"Ich begrüße die klaren Worte von Detlef Wetzel, die unsere Positionen bestätigen. Die Ausbreitung prekärer Jobs ist eine tickende Zeitbombe. Sie gefährdet unser Rentensystem und nimmt jungen Menschen jede Perspektive", so Jutta Krellmann, Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die heutige IGM-Presskonferenz. "Ausbreitung von Leiharbeit, Ausbeutung durch Scheinwerkverträge, Dumpinglöhne, Arbeitsverdichtung, befristete Arbeitsplätze und unterschiedliche Löhne für die gleiche Arbeit im gleichen Betrieb - damit muss einfach Schluss sein."

Krellmann weiter:

"Sobald Gewerkschaften Regelungen erarbeiten, um die Un-

ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu beenden, planen die Arbeitgeber schon, wie sie diese Verbesserungen umgehen können. Werkverträge sind ein solches Mittel zur Umgehung von einer verbesserten Regulierung der Leiharbeit. Ohne eine klare Ansage der Politik wird der Arbeitsmarkt nicht vernünftig geregelt werden können. Werkverträge müssen deutlich und klar von Leiharbeit abgrenzbar sein. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn man die Spaltung von Belegschaften und den disziplinierenden Effekt von Leiharbeitsbeschäftigten in Betrieben ernsthaft verhindern möchte, reicht das indes nicht aus. Leiharbeit muss verboten werden, und dafür steht DIE LINKE."

Jutta Krellmann, MdB LINKE,
Sprecherin für Arbeits- und Mitbestimmungspolitik

LINKE fordert Erhalt des traditionsreichen Wagonwerks

DIE LINKE fordert den Bombardier-Konzern auf, den Standort Aachen zu erhalten, dies teilten Fraktionen und Kreisverband der Partei in einer ersten Stellungnahme mit. "Die Produktion von Eisenbahnen in der ehemaligen Firma Talbot hat eine lange Tradition. Bombardier hat mehrfach erklärt, zum Standort Aachen zu stehen," so Andreas Müller, Fraktionsvorsitzender der Linken im Aachener Stadtrat. Mehreren hundert Mitarbeitern Arbeit an einem anderen Produktionsstandort anzubieten sei fadenscheinig. "Die Arbeitnehmer des Aachener Standortes sind in der Region verwurzelt, viele haben hier Familie und können nicht einfach nach Siegen pendeln oder NRW verlassen."

"Den Arbeitern von Bombardier gilt unsere Solidarität," bekräftigt auch Harald Siepmann, Fraktionsvorsitzender der Linken im Städtereionstag. "Man kann das

Werk nach 175 Jahren nicht einfach so schließen", fordert er.

"Die Schließungsankündigung ist auch das Ergebnis einer falschen Verkehrspolitik", meint Darius Dunker, Kreissprecher und Landesvorstandsmitglied der Linken. "Wenn Bombardier im Flugzeugbereich zulegt und im Bahnbereich abbaut, sind die verkehrspolitischen Weichen falsch gestellt. Wir brauchen eine Stärkung des umweltfreundlichen Bahnverkehrs." Der Abbau eines der traditionsreichsten Eisenbahnstandorte sei auch umweltpolitisch das falsche Signal.

Auch der Bund als Eigentümer der Bahn AG und somit einer der wichtigsten Kunden von Bombardier in Deutschland solle sich für den Erhalt des Wagonwerkes engagieren, fordert dazu linke Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko.



Stoppt die Dichtheitsprüfung in Alsdorf Übertriebener Umweltaktivismus in Nordrhein-Westfalen

Als "teuren und überflüssigen Umweltaktivismus" bezeichnet der Bundestagsabgeordnete Ralph Lenkert die umstrittene Verpflichtung zur Dichtheitsprüfung von Abwasseranschlussleitungen der Privathäuser im Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen.

Der Obmann der Fraktion DIE LINKE im Umweltausschuss des Bundestages erklärt weiter: „Wir haben bei den Univeritäten und bei den Fachvereinigungen nachgefragt. Es gibt keinerlei wissenschaftliche Belege dafür, dass Verschmutzungen des Bodens oder Grundwassers durch private Abwasseranschlussleitungen verursacht werden. Auch die Bundesregierung kann keine Gutachten vorweisen, wie die jetzige Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag zeigt“.

Jetzt sollen Millionen Hausbesitzer drei- bis vierstellige Beträge für eine fixe Idee aufwenden, ohne dass ein erkennbarer Nutzen für die Umwelt daraus entsteht. Diese Erkenntnisse bestätigen, dass die mit den Stimmen der LINKEN im Umweltausschuss des NRW-Landtages im Dezember 2011 bereits beschlossene Forderung nach einer Aussetzung der Dichtheitsprüfungen richtig ist. Sie sind bis zur wissenschaftlichen Klärung ohne Wenn und Aber auszusetzen.

Innerhalb von 3 Wochen haben wir über 500 Unterschriften bei den Alsdorfer Bürgern für einen Antrag zur Aussetzung der Dichtheitsprüfung sammeln können. Am 11.08.12 haben wir einen Info-Stand am Annapark mit Unterstützung der Linken zur Information der Bürger durchgeführt. Auch hier sind noch weitere Unterschriften hinzugekommen.

Der Umstand, dass die Kosten für die Sanierung für viele Alsdorfer Bürger nicht tragbar sein werden

und sie so in finanzielle Probleme gebracht werden, ist für uns ein Grund sich für unsere Nachbarn und Mitbürger einzusetzen. Die Kosten für eine Sanierung der Abwasserleitungen belaufen sich auf Summen zwischen 6.000 und 20.000.- Euro pro Haushalt. Für viele unserer Mitbürger würde eine Sanierung bedeuten, dass sie Ihre Häuser verkaufen und aus Ihrer vertrauten Umgebung ausziehen müssen. Es wird dann viele ältere Mitbürger treffen, die froh sind, überhaupt noch ihr Häuschen auch aufgrund immer weiter steigender Nebenkosten halten zu können. Genauso sind alle Mieter betroffen, die die Sanierungskosten dann durch höhere Mietnebenkosten zu tragen haben. Wir möchten als Bürger diesem Treiben Einhalt gebieten und hoffen auf viele Mitstreiter, auch um den von uns gewählten Volksvertretern zu zeigen, daß man mit uns Bürgern nicht alles machen kann.

Sehr gefreut hat uns die positive Berichterstattung in der lokalen

Presse wie AZ/AN und bei WDR2. Aktuell haben wir die Aktion Rote Karte für Frau Kraft gestartet. Mit dieser roten Postkarte kann jeder Bürger Frau Kraft an Ihr Wahlversprechen erinnern, das sie bzgl. der Dichtheitsprüfung gegeben hat.

Wir hoffen, mit diesen Aktionen etwas für die Alsdorfer Bürger zu erreichen und damit auch DIE LINKE bei den Bürgern in Erinnerung zu rufen.

Oliver Schmidt-Schwan,
*BI Alles Dicht in Alsdorf und
DIE LINKE Alsdorf*



Verbot der „Kameradschaft Aachener Land“

Ende August wurden in NRW mehrere Nazi-Gruppen verboten, darunter auch die KAL. Dies wurde im September 2011 in der Schlußerklärung der 3.Regional-konferenz „Aktiv gegen Rechts“ gefordert. Nachdem dieses in allen Stadträte der Region und im Städteregionstag Unterstützung fand, übergab man NRW-Innenminister Jäger die Resolution.

Dieses ist ein erster Schritt gegen Rassismus. Die Akteure sind aber immer noch aktiv. Am Tag des Verbotes meldete sich die KAL mit den Worten „Wir sind verboten. Na und?“ in der Öffentlichkeit. Ein paar Tage später traten die Akteure der Verbotenenent KAL bei einer von ihnen angemeldeten Mahnwache, die in eine nicht angemel-

dete Kundgebung umgeändert wurde, mit ihren rassistischen und faschistischen Reden, in Düren, in der Öffentlichkeit auf. Gleichzeitig reichten sie eine Klage gegen das Verbot ein. So sehr wie wir das Verbot begrüßen. Solange Nazis ihr Gedankengut verbreiten, heißt es, wachsam zu sein.

Bei der 4. Regionalkonferenz wurde deutlich, dass unsere Behörden nichts lernen wollen. Trotz Versagen im Zusammenhang mit den NSU-Mördern, halten sie an alt bewährten Methoden fest. Dieses ist ein Grund, um die Auflösung des Verfassungsschutzes zu fordern. Auch in anderen Bereichen wurde deutlich, dass die Behörden uns Bürger täuschen oder wichtige Informationen zurück halten.

Ein Beispiel: Die Polizei hat In-

formationen das Nazis in Fußballstadien mit Fangruppen zusammen gehen. Dieses wird den Vereinen aber nicht gesagt - im Gegenteil, man sagt den Verantwortlichen, dass es keine Probleme mit Nazis gibt.

Eine positive Entscheidung vom OVG Münster gibt es noch zuberichten. Blockadetrainings sind nach einem Urteil ohne Auflagen erlaubt. Auch Blockaden von Nazi-Aufmärschen sind nicht grundsätzlich verboten. So fordern wir, genauso wie die Teilnehmer der Regionalkonferenz, ein Verbot der Nazi-Aufmärsche in Stolberg. Gleichzeitig werden aber auch Blockaden geplant für den Fall, dass die Gerichte den Nazis wieder einmal die Straße überlassen wollen.

Udo Beitzel,
Vorstand DIE LINKE Aachen

Die Bürgerinitiative "Alles dicht in Übach-Palaenberg" lädt ein:

Informationsveranstaltung am
10.11.2012, 10:30 Uhr
Stadthalle Übach-Palaenberg,
Freiheitsstraße 8, 52531 ÜP

**§ 61a LWG NRW
Dichtheitsprüfung
"Kanal-TÜV"**

Prof. Dr. Ing. Hartmut Hepcke
bringt Licht ins Dunkle mit
seinem Vortrag

**"Über den Sinn oder Un-
sinn der Dichtigkeitsprü-
fung und warum die
Umsetzung scheitern
muss"**

Die Bürgerinitiative "Alles Dicht
in Übach-Palaenberg"
Vorsitz: H. Klinkertz, Tel.: 02451
- 482026

Energiekosten gerecht verteilen

09.10.2012

"Peter Altmaier hat immer noch nicht begriffen, dass es in der aktuellen Strompreisdebatte im Kern um die Frage einer gerechteren Verteilung der Energiekosten geht", erklärt Dorothée Menzner, energiepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum heutigen Treffen von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) mit Vertretern von Verbänden und Energiebranche.

"Sein Vorschlag einer kostenlosen Energieberatung bringt für sich allein genommen wenig. Wenn Menschen mit geringem Einkommen geraten wird, die großen Stromfresser im Haushalt durch energiesparende Geräte zu ersetzen, die sie sich ohnehin nicht leisten können, ist weder den Betroffenen noch der Um-

welt geholfen." Menzner weiter: "Dass Altmaier Abwrackprämien für Energiefresser und Strom-Sozialtarife mit der Begründung ablehnt, diese erzeugten keine ausreichenden Anreiz zum Stromsparen, während die Energievergeudung seitens der Industrie subventioniert wird, ist ein Skandal. Gefordert ist jetzt ein klares Bekenntnis der Bundesregierung, privilegierte Unternehmen insbesondere der energieintensiven Industrie schrittweise wieder an den Kosten zu beteiligen. Das wäre sozial gerecht und ökologisch sinnvoll. Doch statt gegenzusteuern, weitet die Bundesregierung ein seit Jahren bestehendes Subventionsprogramm sogar noch aus, zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen und der privaten Haushalte. Neun Milliarden Euro spart die Industrie jährlich bei



der EEG-Umlage und den Stromsteuern – Geld, das stattdessen die privaten Haushalte aufbringen müssen. Inzwischen wollen sogar erste energieintensive Unternehmen ihre Produktion aus dem Ausland nach Deutschland verlegen, weil es hier so viele Ausnahmetatbestände bei den Stromkosten gibt. Spätestens jetzt kann man niemandem mehr das Märchen auftischen, die Industrie könne sich aufgrund der gefährdeten Wettbewerbsfähig-

keit nicht in größerem Umfang an den Energiekosten beteiligen. Altmaiers Ankündigungen vor dem Energiegipfel passen ins Bild: Mit ihrer völlig inkonsequenten Energiepolitik, dem Hoffieren der Wirtschaft und Drehen der falschen Stellschrauben bremst die Bundesregierung die sozial-ökologische Energiewende aus."

Dorothée Menzner, MdB Linke
Parlamentarische Geschäftsführerin,
Energiepolitische Sprecherin

Energie heute - 2. Teil und Schluss

Brenn- und Treibstoffe aus der Luft

Im ersten Teil wurde beschrieben, dass man mit (überschüssigem oder billigem) regenerativem Strom an jedem Ort regeneratives Erdgas, auch EE-Gas oder erdgasgleiches Methan genannt - wir sprechen von Reingas - erzeugen kann, das man in das bestehende Erdgasnetz einspeisen und so auch transportieren kann.

Unsere Erdgasspeicherkapazität ist riesig (somit auch die Stromspeicherkapazität). Inzwischen kann man diese Anlagen (6 MW) zur Reingaserzeugung sogar schlüsselfertig bestellen. Dieses sehr wichtige Element der Energiewende zu den regenerativen Energien ist leider kaum bekannt und wird auch nicht propagiert. Selbst sog. "Experten", wie in der Jauch-Sendung vom 04.03.12 (Minute 48) demonstriert, lenken ab (vorsätzlich?). Hr. Töpfer wollte etwas zu diesem Verfahren sagen, dass Strom auch als Gas speicher- und transportierbar ist, als er vom Physiker-Astronauten Walter unterbrochen wurde, der wiederum bedauerte, dass Son-

ne und Wind nicht immer scheinen oder blasen, und umweltzerstörende Pumpspeicherwerke nötig seien.

Für die praktische Umsetzung der Energiewende sollte ein zweites Rückgrat neben dem Erdgasnetz in Form einer (ovalen) Ringstromleitung durch ganz Deutschland in der Technik der Hochvolt-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ) helfen, wirklich verlustarm Strom zu verschieben, vom windreichen Norden in den sonnenreichen Süden und umgekehrt. Aus Sicherheitsgründen gehört dieser ovale Ring in die öffentliche Hand des Bundes. Der Bund muss auch die entsprechenden Möglichkeiten des Grundgesetzes über Enteignung und Eigentum anwenden, um alle offenen Freiflächen für die Windenergienutzung zu erschließen ebenso die Wälder und Flächen neben Bundesstraßen und ähnlichen Trassen. Bauhemmnissen für Windräder muss überall entgegengetreten werden.

Bei der Finanzierung sollte es keine Schwierigkeiten geben. Be-

zahlen wird alles der einfache Stromkunde über seine Stromrechnung, wie immer, diesmal soll ihm aber auch alles als öffentliches Eigentum gehören. Wie jetzt den Banken mit 500 Milliarden Euro wieder geschehen, sollte sich auch der Bund z.B. 200 Milliarden Euro von der europäischen Zentralbank (EZB) abholen, zu 1% Zinsen, und diese an die lokalen, öffentlichen Energieversorger weiterreichen. Die könnten die in ihrem Bereich nahe liegenden Möglichkeiten der regenerativen Energiegewinnung voll ausschöpfen und einen Erstanspruch auf diese Energien gewinnen, wobei viele zusätzliche Arbeitsplätze entstehen könnten. Das herrschende Oligopol der Energiekonzerne wird diese Arbeitsplätze nicht schaffen, sondern weiter Mondpreise verlangen und so weitermachen.

Selbstverständlich sind immer alle Möglichkeiten der sinnvollen Gewinnung regenerativer Energien zu nutzen, einschließlich der Einspar- und Energieeffizienzpotentiale. Aber nur bei öffentlichen Stromlieferanten bestehen



Möglichkeiten der Mitbestimmung und Änderung von Missständen. Bisher ist die Partei DIE LINKE die einzige, welche die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführen möchte, der einzig wahre Weg in einer Demokratie. DIE LINKE hat auch angesagt, das Versorgungsnetz zu vergesellschaften. Das wäre eine erste richtige Maßnahme.

Dipl.-Ing. Karl Potschien,
Gastbeitrag

Ein Ortsverband mit Herz und Verstand

DIE LINKE Eschweiler

„Gesellschaftliche Veränderung fängt immer mit Außenseitern an, die spüren, was notwendig ist.“

Robert Jungk (1913-94),
östr. Schriftsteller u. Zukunftsforscher

Wieviel Enthusiasmus braucht man um Vorort sich politisch zu betätigen?

Sicherlich eine gehörige Portion und noch mehr Optimismus. Davon hatten am 12. August 2008 einige Eschweiler mehr als reichlich und gründeten DIE LINKE Eschweiler.

Vier Jahr sind nun vergangen, sicherlich noch viel zu kurz um all die Ziele zu verwirklichen, doch lang genug um erste Duftmarken zu setzen.

Für DIE LINKE Eschweiler ist Kommunalpolitik Gesellschaftspolitik und mehr als die Delegation von Verantwortung auf Stellvertreter, die alle fünf Jahre in den Stadtrat gewählt werden können oder einem Vorstand, der entscheidet was getan werden soll.

So entfaltet der Ortsverband ein breites und buntes Leben bei dem jedes Mitglied sich einbringen kann, wie zuletzt bei der Veranstaltung „Inklusion“. Ein Thema, das insbesondere linke Politik berührt. Hat doch jeder Mensch das Recht in der Gesellschaft mit seinen Fähigkeiten sich einzubringen und darf nicht ausgegrenzt werden nur weil eine Behinderung vorliegt oder keine Arbeit hat.

Nach der Kommunalwahl war es unserem Ratsvertreter Albert Borchardt von Anfang wichtig neben einer Bürgersprechstunde, in der jeder ihn im Rathaus besuchen und über Politik

oder persönliche Probleme sprechen kann, eine Sozialsprechstunde an zu bieten. Da niemand über alles Bescheid wissen kann stehen für die Sozialsprechstunde kompetente Ansprechpartner zur Seite. Seit einiger Zeit arbeitet Borchardt mit dem Joycenter.net zusammen, die schon dem ein und anderem hilfreich zur Seite standen bei Fragen zu Hartz IV.

Die Arbeit des Ortsverbandes besteht natürlich nicht nur aus der Ratsarbeit. Die Mitglieder treffen sich jeden ersten Dienstag im Monat im Talbahnhof zu ihrer Sitzung, an der auch Gäste teilnehmen. Auf diesen Sitzungen werden zum Beispiel die Möglichkeiten besprochen im Wahlkampf tätig zu werden, Infostände vorzubereiten, Probleme in den Stadtvierteln zu besprechen oder die neuste Ausgabe der WIR zu verteilen. Nicht jeder Haushalt kann mit einer WIR bestückt werden und so werden die Straßenzüge festgelegt, die diesmal besucht werden. Es werden aber auch gesellige Themen besprochen wie das

nächste Sommerfest gestaltet werden soll. Feste sind in jedem Verein ein besonderer Höhepunkt, so auch in Eschweiler. Die Sommerfeste 2011 und 2012 wurden aus gesprochen gut besucht und spornen die Mitglieder an im nächsten Jahr wiederum alles zugeben. Daneben nutzen die Mitglieder die zahlreichen Seminare im Kreis-, Landes- oder Bundesverband um ihr Wissen zu erweitern und sind in Arbeitskreisen aktiv wie Betrieb & Gewerkschaft, Umwelt oder für das Bedingungslose Grundeinkommen.

Wer Veränderung will schafft dies nur indem er sich selbst ändert und aktiv wird.

Wir freuen uns Sie/Dich auf einer unserer nächsten Veranstaltungen begrüßen zu dürfen.

Albert Borchardt,
für den SprecherInnenrat Eschweiler



**Mitglied
werden.
Hier und
jetzt!
DIE LINKE.**

DIE LINKE.

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen
Augustastraße 69, 52070 Aachen

Immer wieder Mittwochs vor dem Jobcenter

Konsequent sozial auch nach der Wahl heißt auf die die Menschen zugehen, dort wo sie mit ihren Problemen anzutreffen sind.

Immer wieder Mittwochs stehen vor dem Jobcenter in Aachen auf der Roermonder Straße Agi und Robert Schwedt, unterstützt durch

weitere Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE und verteilen Flyer und geben erste Tipps.

Die Resonanz der Jobcenter Besucher fällt überwiegend positiv aus und wird vom Jobcenter selbst mißtrauisch beäugt.

Agi und Robert Schwedt verkörpern so ein-

drucksvoll den Slogan der Linken:

"KONSEQUENT SOZIAL - auch nach der Wahl". Neben der Aktion vor dem Jobcenter organisieren sie im Linken Zentrum einen Hartz-IV-Treff, wo man neben Gespräche auch praktische Hilfe bekommen kann.

Vorbei schauen lohnt sich.



Hartz IV-Sanktionen sind verfassungswidrig

16. Oktober 2012

Katja Kipping

Die Bundesagentur für Arbeit wird in diesem Jahr erstmalig den traurigen Rekord von rund einer Million Sanktionen gegen Hartz IV-Beziehende erreichen.

Dazu erklärt die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping:

Hartz IV-Sanktionen sind eine Schande für Deutschland. Die Sanktionen im Hartz IV-System

sind verfassungswidrig. Sie müssen umgehend abgeschafft werden. Jede Leistungskürzung verletzt das Grundrecht der Betroffenen auf Existenzsicherung und gesellschaftliche Teilhabe.

Im vergangenen Jahr waren rund 42 Prozent der Widersprüche gegen Sanktionen und rund 52 Prozent der Klagen vor Sozialgerichten für die Betroffenen ganz oder zumindest teilweise erfolgreich. Es wird demnach auch massenhaft rechtswidrig sanktioniert. Unter dem

Druck von Sanktionsandrohungen müssen die Betroffenen schlecht bezahlte Jobs annehmen und den Beschäftigten durch Lohndumping in den Rücken fallen. Hartz IV ist und bleibt sozialer Sprengstoff, der sich auch durch Druck und Arbeitsverdichtung direkt auf Erwerbstätige auswirkt.

DIE LINKE tritt dafür ein, Hartz IV durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung zu ersetzen, die wirklich die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichert.

KONSEQUENT SOZIAL

DIE LINKE hilft bei Anträgen, liest Bescheide und begleitet Sie bei ihrem Weg ins Jobcenter. Wir bieten außerdem Infos zu Regelsatz und Mehrbedarf, Miete, Zwangsumzug und Renovierung, Eingliederungsmaßnahmen und Ein-Euro-Jobs.

Hartz-IV-Treff

Mittwochs, 15 bis 17 Uhr
Linkes Zentrum Aachen
Augustastraße 69

LINKE Sozialsprechstunde

immer am 2. und 4. Mittwoch im Monat, 17 bis 19 Uhr
Linkes Zentrum Aachen
Augustastraße 69

im Auftrag von MdB Andrej Hunko

LINKE Sozialsprechstunde

immer am 3. Montag im Monat,
15.30 bis 18 Uhr
Rathaus Eschweiler, Raum 13
Johannes-Rau-Platz 1

im Auftrag von Ratsmitglied Albert Borchardt



Adresse

DIE LINKE Städteregion Aachen

Augustastraße 69, 52070 Aachen
E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de
www.dielinke-aachen.de
Tel. 0241-9902531
Fax 0241-9905228

Linkes Zentrum

Augustastraße 69, 52070 Aachen
Tel. 0241-99063820
Öffnungszeiten:
Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Arbeitsgemeinschaften

AG Umwelt

Treffen jeden Freitag ab 18.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/umwelt

AG Betrieb und Gewerkschaft

Treffen jeden 4. Dienstag im Monat ab 18.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/bug

AG Bedingungsloses Grundeinkommen

Treffen jeden 3. Dienstag im Monat ab 19.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/ak-bge
Treffen der Arbeitskreise im Linken Zentrum

Linksjugend ['solid]

Aachen

Linkes Zentrum
Treffen jeden Dienstag ab 19.00 Uhr
<http://linksjugendsolidaaachen.blogspot.de/>

Eschweiler

"Dilo" | Aachener Str. 119 | 52249 Eschweiler
Treffen jeden Samstag ab 18.00 Uhr
www.dielinke-eschweiler.de/ov/linksjugend

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

Adressen

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Haus der Städteregion: 1. OG, Raum E 180,
Tel.: 0241 / 5198 3305

Zollernstraße 10 | 52070 Aachen

eMail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de

www.dielinke-staedteregionstag.de

Fraktionssitzungen (14täglich) mittwochs ab 17:00 Uhr

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Habsburgerallee 11-13 | 52064 Aachen

3.OG, Raum 369, Tel.: 0241 / 432 7244

eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de

www.fraktion-dielinke-aachen.de

Fraktionssitzungen in der Regel wöchentlich montags ab 18 Uhr

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Herzogenrath

Rathausplatz 1, 1.OG, Raum 105, Tel.: 02406 / 83121

eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de

www.fraktion.dielinke-herzogenrath.com

Postadresse: Fraktion DIE LINKE

Im Rat der Stadt Herzogenrath

Postfach 1280 | 52112 Herzogenrath

Bürgersprechstunde jeden Montag

18:00 bis 19:00 Uhr

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Stolberg

Villa Lynen | Rathausstr. 44 | 52222 Stolberg

1.OG, Raum 104 / 105, Tel.: 02402 / 76683-20

eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de

www.dielinke-stolberg.de

Fraktionssitzungen (14täglich) montags ab 19:00 Uhr

Bürgersprechstunde jeden Donnerstag

15:00 bis 17:30 Uhr

DIE LINKE im Rat der Stadt Alsdorf

Hartmut Knippschild

Rathaus - Hubertusstr. 17 | 52477 Alsdorf

eMail: Alsdorf.Linke@alsdorf.de

www.dielinke-alsdorf.de | Tel.: 0160/5518854

DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler

Albert Borchardt

Rathaus - Johannes-Rau-Platz 1 | 52249 Eschweiler

eMail: albertborchardt@dielinke-eschweiler.de

www.dielinke-eschweiler.de | Tel.: 0179/648 3205

Bürgersprechstunde und Sozialsprechstunde

jeden 3. Montag im Monat

jeweils 15:30 - 18.30 Uhr | Rathaus, Raum 13

DIE LINKE im Rat der Stadt Monschau

Erika Krebs

Rathaus - Laufenstrasse 84 | 52156 Monschau

erika.krebs@dielinke-aachen.de

www.dielinke-nordeifel.de

Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB

Augustastr. 69 | 52070 Aachen

Telefon 0241/990 6825-0 | Telefax 0241/990 6825-1

eMail: andrej.hunko@wk.bundestag.de

www.andrej-hunko.de

Sprechzeiten: Montags 11 bis 13 Uhr, und

Donnerstags 17 bis 19 Uhr und nach Vereinbarung

Sozialsprechstunde Bundestagesbüro Andrej Hunko

Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 17.00 Uhr

Interessante Veranstaltungen zu diversen Themen bieten:

Evangelische Stadtakademie Aachen

Haus der Evangelischen Kirche

Frère-Roger-Straße 8-10 (früher: Michaelstraße)

52062 Aachen | Telefon: 0241/453-162

http://www.stadtakademie-aachen.de

Bischöflichen Akademie des Bistums Aachen

Bischöfliche Akademie / August-Pieper-Haus

Leonhardstr. 18-20

52064 Aachen | Telefon: 0241/47996-0

http://www.bischoefliche-akademie-ac.de/

Erwerbslosenberatung gibt es u.a. an folgenden Stellen:

Beratungsstelle Aachen - Berufsverband d. KAB Diözese Aachen e.V.

Martinstraße 6 | 52068 Aachen

Telefon: 0241/4001860 5 | Fax: 0241/4001864

http://www.kab-aachen.de



http://www.joycenter.net

0241 - 47587863

Mitmachen – Mitgestalten – Mitentscheiden

Welche Themen sind Ihnen wichtig? Sagen Sie uns Ihre Meinung. So können wir uns für Ihre Interessen in der Städteregion noch besser einsetzen!

eMail: wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

postalisch

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag

Stichwort "Leserbrief"

Haus der Städteregion

Zollernstraße 16 | 52070 Aachen

Besuchen Sie auch unsere **Onlineumfrage**

auf www.wir-online.org

Wir freuen uns besonders auf weitere Vorschläge, Anregungen und Kritik von Ihnen!

Was sind die Themenbereiche, die Sie persönlich bewegen?



Art 2012 **17.+18. November**
11-18 Uhr
Einblicke in die Eschweiler Kunstszene und das Gastland Frankreich

Open

www.artopen-eschweiler.de

Krötenwanderung jetzt!

Bank wechseln, Politik verändern

www.attac.de/bankwechsel

KAPITALISMUS VS DEMOKRATIE

www.kapitalismusvsdemokratie.de

30. 11. - 2. 12., Köln

www.kapitalismusvsdemokratie.de

WIR

Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Städteregionstag erhalten.

Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305

Impressum:

WIR in der Städteregion

Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen

e-mail:

wir-redaktion@dielinke-aachen.de

wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

Redaktion

Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),

Robert Boltz, Albert Borchardt,

Hans Janosch, Marika Jungblut,

Dirk Makowski, Andreas Müller

Layout

Andreas Becker, Albert Borchardt

Fotos:

www.pixelio.de, wikimedia commons,

Archiv Linksfraktionen AC, Archiv KV

Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE

NRW

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Druck

Euregiodruck, Aachen

Auflage

25.000

Dank an alle, die das Erscheinen dieser Ausgabe möglich gemacht haben, und Dank auch an alle, die sie in die Welt hinaus tragen. Ihr seid toll.

Nächste Ausgabe:

Redaktionsschluss Februar 2013

Ausgabe: März/April 2013